

Niederschrift über die 8. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum:	Montag, 25.01.2021
Beginn der Sitzung:	17:30 Uhr
Ende der Sitzung:	19:55 Uhr
Sitzungsort:	Festsaal Freiheitshalle

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTERIN

Döhla, Eva

BÜRGERMEISTERIN

Bier, Angela

BÜRGERMEISTER

Auer, Sebastian

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.
Bogler, Hilmar
Böhm, Karola
Böhm, Michael
Böhm, Stefan
Bruns, Gudrun
Dietrich, Maximilian, Dr.
Etzel, Thomas
Franke, Michaela
Fuchs, Renate
Gollwitzer, Kai
Heimerl, David
Hering, Andrea
Herpich, Christian
Kaiser, Alexander
Kampschulte, Peter
Kiehne, Gudrun
Knieling, Jürgen
Leitl, Patrick
Lentzen, Matthias
Mergner, Matthias
Meringer, Reinhard
Prenzel, Lena
Rädlein-Raithel, Christina
Rambacher, Albert
Schmalfuß, Stefan
Schrader, Ingrid
Schrader, Klaus, Dr.
Senf, Peter
Ulshöfer, Jochen
von Rücker, Jörg
Wunderlich, Hülya
Zeh, Dominik

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Baumann, Klaus
Fischer, Peter
Gleim, Stephan, Dr.
Wulf, Klaus

Abwesende und entschuldigte Personen:

STADTRÄTE

Fleischer, Wolfgang
Kilincsoy, Aytunc
Lockenvitz, Felix
Strößner, Florian
Zeitler, Klaus

Schriftführer/in:

Ute Schörner-Kunisch

208 Eröffnung

Oberbürgermeisterin D ö h l a eröffnet die 8. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Die Entschuldigungen von

Herrn Stadtrat F l e i s c h e r ,

Herrn Stadtrat K i l i n c s o y ,

Herrn Stadtrat S t r ö ß n e r

Herrn Stadtrat Z e i t l e r

und

aus privaten Gründen

sowie

Herrn Stadtrat L o c k e n v i t z

aus beruflichen Gründen

werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 7. Sitzung des Stadtrates vom 10.12.2020 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Das Protokoll über die 6. Sitzung des Stadtrates vom 23.11.2020 wurde nicht beanstandet und gilt daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Auf das Herumreichen einer Anwesenheitsliste wird auch heute aus Hygienegründen verzichtet. Die Anwesenheit der Stadtratsmitglieder wird durch die Schriftführerin bestätigt.

Weiterhin weist die Vorsitzende darauf hin, dass die einzelnen Vorträge, wie in den letzten Sitzungen, kurz zusammengefasst werden und man sich hauptsächlich auf die Beschlussvorschläge beschränken werde.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

209 Antrag Nr. 50 der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion: Moratorium für die Ortsumgehung Leimitz

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion vom 16.12.2020 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

210 Antrag Nr. 51 von Herrn Stadtrat Meringer: Antragspaket mit 11 Teilanträgen zu unterschiedlichen Themen

Antragsbekanntgabe:

Das Antragspaket von Herrn Stadtrat Meringer vom 23.12.2020 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird in Teilanträge aufgeteilt und wie folgt den verschiedenen Fachbereichen zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet:

- Teilantrag 1 - Verkehrsführung im Hofer Osten, Umgehung Leimitz, Trassen-Planung zur B15
Zuständigkeit: Fachbereich Tiefbau, Grünanlagen,
- Teilantrag 2 - Schnellere Fortschreibung des Generalverkehrsplans, Trassenplanung B15 - Brauchen wir die Talbrücke über die Saale zum Alsenberger Durchlass überhaupt noch?
Zuständigkeit: Fachbereich Tiefbau, Grünanlagen
- Teilantrag 3 - Kunstrasenplatz ATS Hof-West
Zuständigkeit: Fachbereich Schulen und Sport
- Teilantrag 4 - Sportboden in der neuen Hofer Freiheitshalle
Zuständigkeit: Fachbereich Schulen und Sport
- Teilantrag 5 - Endlich ein Campingplatz am Untreusee
Zuständigkeit: Fachbereich Stadtplanung
- Teilantrag 6 - Maßvolle Parkraum-Bewirtschaftung am Untreusee
Zuständigkeit: Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verkehrsaufsicht
- Teilantrag 7 - Generalsanierung Grüne Au
Zuständigkeit: Fachbereich Schulen und Sport
- Teilantrag 8 - Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Innenstadt stärken - unsere Vision für die Region
Zuständigkeit: Unternehmensbereich Planen, Bauen, Umwelt
- Teilantrag 9 - Schulzentrum Rosenbühl - Generalsanierung
Zuständigkeit: Fachbereich Technisches Gebäudemanagement
- Teilantrag 10 - Innenstadt stärken
Zuständigkeit: Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus
- Teilantrag 11 - Hauptbahnhof, Schellenberg-Spange, Höllental-Machbarkeitsstudie
Zuständigkeit: Fachbereich Zentrale Steuerung und Personal.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

**211 Antrag Nr. 52 von Herrn Stadtrat Michael Böhm:
Neuausrichtung der Öffentlichkeits- und Pressearbeit der Stadt Hof**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag von Herrn Stadtrat Michael Böhm (Piratenpartei) vom 07.01.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung und Personal zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

**212 Antrag Nr. 53 der SPD-Stadtratsfraktion:
Blaues Haus. Industriekultur erhalten - Fassade retten**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.01.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

213 Antrag Nr. 54 der Ausschussgemeinschaft: Bereitstellung von FFP2-Masken für Bürger in prekären Verhältnissen

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Ausschussgemeinschaft vom 16.01.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Jugend und Soziales zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

Im Rahmen der Antragsbekanntgabe informiert Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a darüber, dass die Stadt Hof bereits vor dem Freistaat auf die Problematik reagiert hätte und auch an die Personen gedacht hätte, die keine Sozialleistungen nach SGB II beziehen würden, aber dennoch bedürftig seien, wie z. B. wegen Kurzarbeit, geringer Rente oder anderem niedrigem Einkommen. Für diesen Personenkreis hätte die Stadt Hof in Zusammenarbeit mit dem Landkreis FFP2-Masken an alle Kirchengemeinden ausgeliefert, wodurch man in der Fläche eine sehr gute Verteilung und Verfügbarkeit erreichen. Nach wie vor sei es möglich, dass sich Betroffene dort nach dem Gottesdienst mit FFP2-Masken versorgen könnten. Dies sei unabhängig von einem Gottesdienstbesuch und finde ohne Prüfung des Einkommens statt. Die Vorsitzende fragt den Antragsteller, ob damit der Antrag erledigt sei.

Herr Stadtrat Michael B ö h m führt aus, dass er sich sehr darüber freuen würde, dass Betroffene sich diese Masken an den Kirchengemeinden abholen könnten. Er möchte wissen, ob dies bei allen Hofern, die es benötigen würden, auch ausreichend bekannt sei. Er regt an, dass dies noch mehr beworben werde. Grundsätzlich sei man mit den Ausführungen der Oberbürgermeisterin zufrieden, bittet aber darum, dass man den Bürgern nochmal deutlich mitteilt, wo man die Masken erhalten könne.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a sichert zu, diese Information noch weiter bekannt zu machen und die Hofer Bevölkerung darauf hinzuweisen.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

**214 Antrag Nr. 55 der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion:
Die Stadt Hof verzichtet ab dem Jahr 2021 auf die Verwendung von Laubbläsern
und -saugern**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion vom 21.01.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Unternehmensbereich Planen, Bauen, Umwelt zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

**215 Antrag Nr. 56 der SPD-Stadtratsfraktion:
Hof als digitale Smart-City-Modell-Kommune**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.01.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

216 Besetzung der geschäftsordnungsmäßig gebildeten Ausschüsse und Fachbeiräte sowie der Ausschüsse kraft gesetzlicher Verpflichtung und der sonstigen Abordnungen von Stadtratsmitgliedern

Vortrag:

In der konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 08.05.2020 wurde mit Beschluss-Nr. 11 für die Besetzung der geschäftsordnungsmäßig gebildeten Ausschüsse und Fachbeiräte sowie der Ausschüsse kraft gesetzlicher Verpflichtung und der sonstigen Abordnungen auf Vorschlag der Verwaltung das Hare/Niemeyer-Verfahren beschlossen. Weiterhin wurden in dieser Sitzung mit Beschluss-Nr. 13 die Besetzungsvorschläge des Stadtrates einstimmig beschlossen.

In diesem Zusammenhang soll die Besetzung für den Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes wie folgt geändert werden: Nach dem aktuellen Besetzungsverzeichnis hat Herr Stadtrat Bogler den einzigen Sitz der Stadt Hof inne. Nachdem es aufgrund der überregionalen Bedeutung des Planungsausschusses aber von Vorteil ist, dass die Oberbürgermeisterin dort vertreten ist, tritt die CSU-Fraktion den ursprünglich ihr zustehenden Sitz an Frau Oberbürgermeisterin Döhla ab. Als Stellvertreter wird Herr Stadtrat Bogler benannt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Besetzung wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Stadtrat schließt sich, nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

217 Erlass einer Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (Hauptsatzung) und Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat Hof

Vortrag:

Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 11 vom 08.05.2020 eine Kommission zur Erarbeitung einer neuen Geschäftsordnung gebildet. Sie hat sich in vier Sitzungen am 13.05.2020, 10.06.2020, 08.07.2020 und 14.01.2021 dieser Aufgabe gestellt und die Anregungen aus der Verwaltung sowie die Vorschläge seitens des Stadtrates ihrer Arbeit zu Grunde gelegt. Weiterhin wurde in diesem Beschluss bereits die im Antrag von CSU, SPD und Bündnis90/Die Grünen vorgeschlagenen Ausschüsse und Beiräte sowie deren Größe in die vorläufige Geschäftsordnung übernommen.

Als wesentliche Ergebnisse wurden erzielt:

- die Übernahme der Mustergeschäftsordnung des Bayer. Gemeindetages als grundsätzliche Geschäftsordnung,
- Anpassung des Aufgabenbereichs des Stadtrates (§ 2),
- die Anpassung der Wertgrenzen (bis 100.000 € Zuständigkeit bei der Oberbürgermeisterin, über 100.000 € bis 500.000 € Zuständigkeit bei den Ausschüssen, über 500.000 € Zuständigkeit beim Stadtrat),
- das Aufgabengebiet des neuen beschließenden Umwelt- und Planungsausschusses,
- eine genau definierte Zeit für den Ferienausschuss,
- die Anpassung der Fachbeiräte auf die einheitliche Zahl von je 8 Stadtratsmitgliedern und die Aufgabengebiete der neuen Fachbeiräte und des Ältestenrates,
- die Festlegung der neuen Sitzungswochen ab April 2021: Stadtratssitzungen finden in der Regel alle 3 Wochen statt. Die beschließenden Ausschüsse tagen in der Woche vor der Stadtratssitzung.

In diesem Zusammenhang wurde im Rahmen der Geschäftsordnungskommission auch die Hauptsatzung an die Erforderlichkeiten angepasst und neu gefasst.

In die aufliegenden Entwurfsfassungen von Geschäftsordnung und Hauptsatzung wurden alle Änderungen eingearbeitet.

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf der neuen Geschäftsordnung wird in der von der Kommission erarbeiteten Form gebilligt. Die neue Geschäftsordnung für die Wahlperiode 2020/2026 des Stadtrates Hof tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.
2. Der Stadtrat beschließt den Erlass einer Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (Hauptsatzung) nach Maßgabe des beiliegenden Entwurfs.

3. Die zur Beschlussfassung vorliegenden Entwürfe von Geschäftsordnung und Hauptsatzung bilden den Beschlussbestandteile.

Aussprache:

Frau Stadträtin B ö h m führt aus, dass es nicht wegen einer Uneinigkeit in der Geschäftsordnungskommission so lange gedauert hätte, sondern dies der Pandemie sowie dem Grundsatz der Gründlichkeit zuzuweisen sei. Man hätte das Rad nicht neu erfunden sondern die Mustergeschäftsordnung des Bayer. Gemeindetages zugrunde gelegt. Sie weist darauf hin, dass man im Lauf der Zeit durchaus eine Änderung vornehmen könne, wenn dies geboten sei. Die neue Geschäftsordnung sei schon aufgrund der Überalterung der bisherigen Geschäftsordnung und den Veränderungen auf vielfältigen Gebieten notwendig geworden. Dem sei nun durch die Schaffung neuer Ausschüsse und Beiräte Rechnung getragen worden. Manches wurde präzisiert und gestrafft. Hinsichtlich der Regelung für eine Redezeit sei nun eine Empfehlung an den Stadtrat ausgesprochen worden. Man hätte es somit selbst in der Hand wie lange die Sitzungen dauern. Bewährtes bliebe erhalten und hätte nun ein gutes Fundament für das gemeinsame Arbeiten zum Wohle der Stadt Hof.

Herr Stadtrat H e r p i c h schließt sich seiner Vorrednerin an und erwähnt den heutigen Artikel in der Frankenpost, in dem sehr gut über die neue Geschäftsordnung berichtet worden sei. Man hätte hier eine wichtige und wesentliche Entscheidung getroffen, die nun zu Papier gebracht worden sei und dankt allen für die gute Zusammenarbeit.

Herr Stadtrat R a m b a c h e r erklärt, dass die FAB/Freie-Fraktion der gleichen Ansicht sei. Insgesamt sei man ebenfalls mit dem Ergebnis zufrieden. Ein Punkt sei für ihn etwas unklar. Es sei erwähnt, dass Ausschussgemeinschaften zwar wie Fraktionen behandelt werden sollen, aber keinen Anspruch auf Sitzungsgeld für Besprechungen hätten. Dies könne er nicht so ganz verstehen und hält es auch für ungerecht. Er sei der Meinung, dass diese Regelung nun auch für seine Fraktion gelten würde. Sicher könne man noch einiges diskutieren, aber im Grunde sei alles gut gelöst worden.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a erklärt, dass die Ausschussgemeinschaften nicht mit einer Fraktionsgemeinschaft wie sie die FAB/Freie-Fraktion sei, zu vergleichen sei. Es würde eine reine Ausschussgemeinschaft mit mind. 4 Stadratsmitgliedern betreffen, die aktuell im Hofer Stadtrat nicht existieren würde, aber denkbar wäre. Die Formulierung sei das Ergebnis eines demokratischen Prozesses, der heute hier im Ergebnis vorliegen würde.

Frau Stadträtin K i e h n e begrüßt, dass das Thema Umwelt eine deutliche Berücksichtigung gefunden und auch die sozialen Themen an Gewicht gewonnen hätten. Trotzdem möchte sie klarstellen, dass von Anfang an über die Einrichtung von Stadtteilbeiräten diskutiert worden sei. Herr Stadtrat Michael B ö h m hätte als Ersatz für diese Stadtteilbeiräte einen Beirat für Bürgerdialog vorgeschlagen. Man hätte sich in der Geschäftsordnungskommission auf einen solchen Beirat geeinigt, der in niederschwelliger, flexibler und zeitnaher Form zur Bürgerbeteiligung bei aktuellen Themen einberufen werden könne. Dies hätte bei der letzten Sitzung der Geschäftsordnungskommission nun dann gänzlich gefehlt. Daher appelliere sie, dass dies noch nachträglich ergänzt werde, wie es auch in der abschließenden Sitzung der Geschäftsordnungskommission besprochen worden sei. Man werde am Ball bleiben und hoffe auf Unterstützung.

Herr Stadtrat Michael B ö h m möchte dazu sagen, dass es nicht der beste und größte Wurf sei. Man hätte die Mustergeschäftsordnung des Bayer. Gemeindetages auf die Hofer Begebenheiten angepasst. Er hätte allerdings immer den Grundsatz vermisst: „Der Stadtrat gibt sich eine Geschäftsordnung“. Der Input, der sicher auch auf Anträge beruhen würde, sei größtenteils von der Verwaltung gekommen. Er sei froh, dass die Geschäftsordnung in ihrer jetzigen Form bestehen würde, aber es bestünde auch noch ein Bedarf zur Nachbesserung.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a erklärt, dass bereits am Anfang der neuen Wahlperiode viele Vorschläge gekommen wären, die in der neuen Geschäftsordnung enthalten seien. Auch sei die Anpassung der Mustergeschäftsordnung an die Hofer Belange viel Arbeit gewesen. Bei den Beiräten sei ausreichend Spielraum, um bei Bedarf weitere Sachverständige hinzuziehen, ohne dass sie dauerhaft einem bestimmten Gremium angehören müssten. Hinsichtlich des Stadtteilbeirates könne man gerne noch präzisieren. Es sei der Wunsch gewesen, dass man mit verschiedenen Angeboten für die Bürger in den Stadtteilen dem Rechnung tragen könne. Hier sei man völlig frei und könne Neues einführen. Möglich sei alles, was gesetzlich erlaubt sei und eine Mehrheit im Stadtrat finde.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

Die Geschäftsordnung (Stand 25.02.21) und die Hauptsatzung (Stand 25.01.21) bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Verwaltungsdirektor Fischer
33 Stadtratsmitglieder	

218 Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2019)

Vortrag:

Nach Art. 94 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) hat die Gemeinde einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens 5 v. H. der Anteile des Unternehmens gehören.

Dieser Bericht ist dem Stadtrat vorzulegen. Es muss ortsüblich darauf hingewiesen werden, dass jeder Einsicht nehmen kann.

Der Bericht stellt sicher, dass die Stadt Informations- und Kontrollbefugnisse auch dann ausübt, wenn sie nicht selbst, sondern ein von ihr kontrolliertes Unternehmen in Erfüllung einer gemeindlichen Aufgabe tätig wird.

Der vorgelegte Bericht zum Stand 31.12.2019 beruht auf den vorgelegten Jahresabschlüssen und –berichten der einzelnen Unternehmen und enthält insbesondere Angaben über

- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Zusammensetzung der Organe der jeweiligen Gesellschaften und
- die Ergebnisse der vorliegenden Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt, nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, von dem Beteiligungsbericht und den Ausführungen zustimmend Kenntnis.

Der anliegende Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2019) bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragende:	Baudirektor Dr. Gleim, Erich Maurer und Markus Ruckdeschel, Energieagentur Nordbayern
33 Stadtratsmitglieder	

219 Bauleitplanung der Stadt Hof; Vorstellung des Integrierten Klimaschutzkonzepts (IKSK) der Stadt Hof

Vortrag:

Allgemeines:

Aufgrund des Antrags von Frau Stadträtin Christine Schörner „Aktive Gestaltung der Energiewende in der Stadt Hof“ vom 11. April 2018 stellte die Verwaltung am 8. Januar 2019 beim Projektträger Jülich einen Förderantrag im Erstvorhaben „KSI: Klimaschutzmanagement - Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts für die Stadt Hof in Bayern“. Am 12. Juli 2019 erteilte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit eine Förderzusage in Höhe von 90 Prozent. Die Laufzeit des Erstvorhabens ist auf zwei Jahre begrenzt und endet am 14.08.2021. In der Projektlaufzeit wurde eine Klimaschutzmanagerin (KSM) eingestellt und es wurde ein integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK) erstellt sowie mit der Umsetzung erster Maßnahmen begonnen.

Nach Projektende besteht die Möglichkeit einer Anschlussförderung. Ziel der Anschlussförderung ist die Umsetzung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts und das Maßnahmen-Controlling. Gefördert werden auf drei Jahre Kosten für Personal, Akteursbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von derzeit 75 % für finanzschwache Kommunen.

Eine Förderung der im Klimaschutzkonzept festgelegten Maßnahmen muss pro Maßnahme gesondert vom Stadtrat beschlossen und beantragt werden.

Beteiligung am Klimaschutzkonzept:

Am 15.08.2019 trat die Diplom-Geografin Ute Fischer ihren Dienst als Klimaschutzmanagerin an. Der Stadtrat beschloss am 4. November 2019 die Energieagentur Nordbayern mit der Begleitung der Erstellung des IKSK zu beauftragen.

- Am 14. Januar 2020 wurde ein ehrenamtlich tätiger Klimaausschuss/Klimaforum gegründet. Das Forum setzt sich aus Verwaltung, Politik und Externen - wie zum Beispiel dem Architekturbüro Fickenscher, der Logistikagentur Oberfranken, der Baugenossenschaft Hof und dem Bund Naturschutz - zusammen. Die Aufgabe des Klimaausschusses/Klimaforums war es an der Erstellung des IKSK aktiv mitzuwirken. Auch sollte mit dem Forum ein Kooperationsnetzwerk aus Fachleuten für die spätere Maßnahmenumsetzung etabliert werden. Das Klimaforum traf sich vierteljährlich.
- Es wurden fünf Arbeitsgruppen „Wirtschaft“, „Erneuerbare Energien“, „Gebäude“, „Verkehr“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ gegründet. Die Mitglieder des Klimaforums erarbeiteten hier in regelmäßigen Arbeitstreffen Maßnahmenvorschläge für das IKSK.-
- Bei der öffentlichen Auftaktveranstaltung am 20.01.2020 wurden die Hofer Bürger/innen über die Erstellung des IKSK informiert und zur aktiven Mitgestaltung aufgefordert. Über die Lokalmedien, die Social-Media-Kanäle der Stadt und den Klimaforum-Verteiler erfolgte im Januar 2020 zusätzlich ein Aufruf an die Bürger/innen zur aktiven Teilnahme.

Im 2. Und 3. Quartal 2020 waren die Bürger/innen nochmals aufgefordert Ideen und Anregungen für den Hofer Klimaschutz in einer, Corona bedingt, virtuellen Bürgerwerkstatt einzubringen. Maßnahmenvorschläge für das Klimaschutzkonzept sollten vor allem der CO₂-Einsparung dienen. Die Ergebnisse der Bürgerwerkstatt wurden im Klimaforum vorgetragen und ins Klimaschutzkonzept aufgenommen. Anregungen aus der Bürgerwerkstatt waren zum Beispiel eine fahrradfreundliche

Stadt, Artenschutz und Biodiversität, die Verbesserung des ÖPNV, die Müllvermeidung und Mülltrennung, die klimafreundliche Außen- und Innenbeleuchtung von öffentlichen Einrichtungen sowie die Förderung der Wasserstofftechnologie.

Die Kernaussagen des Klimaschutzkonzepts:

Das Klimaschutzkonzept soll der Stadt Hof als Entscheidungs- und Handlungsleitlinie dienen. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen sowohl zur CO₂-Einsparung als auch zu einer Verminderung des Energieeinsatzes und der Effizienzsteigerung der Energieträger dienen. Weiterhin soll die Förderung erneuerbarer Energien vorangetrieben werden. Erklärtes Ziel der Stadt ist es bis zum Jahre 2040 klimaneutral zu werden.

Da dem Stadtrat das vollständige Klimaschutzkonzept mit der Sitzungsvorlage zugestellt wurde, sollen an dieser Stelle nur die elementarsten Aussagen dargestellt werden:

- **In der Energie- und Treibhausgasbilanz wird ersichtlich, dass die Stadt Hof bei ihren Klimaschutzbemühungen erst am Anfang steht.** Nur 13,9 Prozent des Stromverbrauchs und 7,3 Prozent der Wärme werden aktuell durch Erneuerbare Energien bereitgestellt.
- **Die Potenzialanalyse zeigt, dass die Nutzung Erneuerbarer Energie im Stadtgebiet noch deutlich ausgeweitet werden kann. Allein die Nutzung der Potenzialflächen auf den Dächern könnte den aktuellen Strombedarf zu rund 80 % decken.**
- **Für die Energiewende im Wärmesektor braucht es neben einem flächendeckenden Einsatz Erneuerbarer Energie (vor allem Strom, Solarthermie und Biomasse) erhebliche Anstrengungen zur Reduzierung des Verbrauchs sowie einen Ausbau der Nahwärmeversorgung.**
- **Gerade in den eigenen Liegenschaften sollte die Stadt Hof mit gutem Beispiel vorangehen. Neben einer konsequenten Nutzung Erneuerbarer Energieträger werden die Erarbeitung eigener, möglichst ehrgeiziger Bau- und Sanierungsstandards sowie die Einführung eines Kommunalen Energiemanagements vorgeschlagen.**

Das IKSK beinhaltet neben den Analysen:

- In verschiedenen Szenarien wird beschrieben, welche Maßnahmen in den einzelnen Sektoren zu welchen Ergebnissen führen und mit welchen Stellschrauben die eigenen Klimaziele erreicht werden können.
- In einem energiepolitischen Leitbild (Vorschlag) werden die Ziele für die Stadt Hof konkretisiert.
- Der Maßnahmenkatalog umfasst mehr als 50 kurz- (bis drei Jahre), mittel- (drei bis sieben) und langfristige (mehr als sieben Jahre) Maßnahmen in den Handlungsfeldern Verwaltung, private Haushalte, Unternehmen, Ausbau Erneuerbarer Energie und Mobilität. Er greift die drängendsten Handlungsfelder auf, nennt konkrete Umsetzungsschritte und beteiligte Akteure und macht - wo möglich - bereits Angaben zu den zu erwartenden Kosten, möglichen Finanzierungswegen und erreichbaren Treibhausgas-Einsparungen.
- Im Controlling-Konzept werden Management-Systeme und Indikatoren vorgeschlagen, mittels derer der Erfolg der Maßnahmen in regelmäßigen Abständen überprüft werden kann.
- In der Kommunikationsstrategie werden Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit zielgruppenspezifisch dargestellt und konkrete Vorschläge zu Veranstaltungen und Kampagnen unterbreitet.

Umsetzung der Maßnahmen des IKSK und Maßnahmen-Controlling:

Nach dem Beschluss des IKSK im Stadtrat sollte umgehend mit der Maßnahmenumsetzung begonnen und eine beständige Fortführung sichergestellt werden. Der Beschluss des Stadtrats über die Maßnahmenumsetzung und den Aufbau eines Maßnahmen-Controllings sowie der Wille zur Verstetigung des Klimaschutzmanagements in Hof ist Voraussetzung für eine Anschlussförderung des Klimaschutzmanagements nach Ablauf der Projektlaufzeit des Erstvorhabens am 14. August 2021.

Da sich die Stadt das ehrgeizige Ziel gesetzt hat bereits 2040 klimaneutral zu sein, ist eine zügige Maßnahmenumsetzung unabdingbar. Dies erfordert Personalkapazitäten in Form von 2 Vollzeitstellen im Klimaschutzmanagement für die kommenden drei Jahre. Die Förderung in Höhe von 75 % der Personalkosten kann im Anschlussvorhaben beantragt werden. Die Förderung einer Vollzeitstelle zur Maßnahmenumsetzung kann bereits als sicher gelten. Die zweite Vollzeitstelle muss dem Projektträger Jülich plausibel begründet werden – die Verwaltung erarbeitet diese Begründung.

Ein Antrag auf Anschlussförderung muss zeitnah erfolgen, um einen nahtlosen Übergang von der ersten Projektlaufzeit auf die zweite zu gewährleisten.

Eine regelmäßige Berichterstattung in den Gremien und gegenüber der Förderstelle ist vorgesehen.

Kosten und Finanzierung der Maßnahmenumsetzung

Für die im IKS-K dargestellten Maßnahmen muss pro Maßnahme ein gesonderter Förderantrag gestellt werden. Einige Maßnahmen sind zur Einhaltung der Klimaschutzziele der Stadt erforderlich, aber nicht förderbar. Zahlreiche Maßnahmen sind aber in unterschiedlicher Höhe förderfähig. Im Haushaltsansatz des Klimaschutzmanagements für das Jahr 2021 wurden auf der Haushaltstelle 11030.63620 Mittel in Höhe von 250.000 EUR für die Maßnahmenumsetzung eingestellt. Es wurde eine durchschnittliche Refinanzierung in Höhe von rund 50 % durch Fördermittel veranschlagt.

Fazit:

Zur Zielerreichung „Klimaneutralität 2040“ ist die zügige und konsequente Umsetzung der im Integrierten Klimaschutzkonzept dargestellten Maßnahmen notwendig. Zur Umsetzung der Maßnahmen können Kosten für Personal, Akteursbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit zu 75 % gefördert werden. Voraussetzung ist, dass der Stadtrat die Umsetzung der Maßnahmen des IKS-K sowie ein Maßnahmencontrolling beschließt.

Da mit diesem Beschluss eine Bindung von Haushaltsmitteln in den nächsten drei Jahren erfolgt, muss dieser Beschluss unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Zulässigkeit der Maßnahmen in den Jahren 2021, 2022 und 2023 gefasst werden.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung empfiehlt

1. die Umsetzung der im IKS-K festgelegten Maßnahmen sowie das Controlling der Maßnahmen zu beschließen und
2. für die zügige Umsetzung der Maßnahmen und die Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2040 zwei Vollzeitstellen im Klimaschutz auf drei Jahre zu beschließen sowie
3. die Verwaltung zu beauftragen einen Antrag auf Anschlussförderung zur Umsetzung der Maßnahmen und des Erfolgscontrollings zu stellen.

Die Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Zulässigkeit in den einzelnen Haushaltsjahren 2021, 2022 und 2023.

Das Integrierte Klimaschutzkonzept wird Bestandteil dieses Beschlusses.

Aussprache:

Herr Erich Maurer, Geschäftsführer der Energieagentur Nordbayern, und sein Kollege Markus Ruckdeschel stellen den Stadträten das erarbeitete Klimaschutzkonzept für die Stadt Hof anhand einer Präsentation vor.

Herr Stadtrat U l s h ö f e r dankt allen Beteiligten für die Erarbeitung dieses Konzeptes und hält fest, dass es wichtig sei, zuerst einmal ein Bestandsaufnahme zu machen und Handlungsfelder aufzuzeigen sowie Ziele zu setzen. Für die CSU sei wichtig, dass man die Menschen mitnimmt, ihnen Alternativen und Angebote aufzeigen sowie Anreize schaffen würde, um im privaten Umfeld Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten. Das besondere Engagement von den Bürgern sieht man besonders an dem Projekt zur Erarbei-

tung eines Quartierskonzepts für die Nutzung regenerativer Energien im Stadtteil Leimitz und Jägersruh, der sich auch in einem CSU-Antrag wiederfinden würde.

Herr Stadtrat D r. A d e l t führt aus, dass der heutige Beschluss zwar unscheinbar daher kommen würde, aber man würde hier den Grundstein für die Zukunft legen. Bisher hätte man sich auf die Daseinsvorsorge ausgerichtet, nun aber auf die Zukunftsvorsorge. Der Klimaschutz werde jetzt in der Verwaltung fixiert und etabliert und nicht mehr nur so nebenher mit bearbeitet. Ein konkretes Programm an Maßnahmen sei festgelegt worden. Klimaschutz ist nicht nur Regierungsaufgabe sondern würde überall, insbesondere auch in Hof, beginnen. Man müsse nun in allen Bereichen den Klimaschutz berücksichtigen und bewusst angehen. Ganz wichtig sei die Vermittlung des Klimaschutzes an die Bevölkerung. Dies dürfe nicht als Bevormundung verstanden werden sondern es sollte vielmehr Einsicht erweckt werden. Es bestünde noch viel Arbeit und man müsse daher auch die Personalstärke für den Klimaschutz erhöhen. Die Maßnahmen würden derzeit noch viel gefördert und hier müsse man rechtzeitig Anträge stellen.

Herr Stadtrat R a m b a c h e r schließt sich seinen Vorrednern weitgehend an und hält fest, dass es ein sehr wichtiges Thema sei und in Zukunft große Herausforderungen bringen werde. Man müsse rechtzeitig damit anfangen, sonst würde es einem auf die Füße fallen. Jeder Einzelne und auch die Kommunen seien hier gemeint. Sicher werde es einige Hemmschuhe geben, auch weil es massiv mit Fördergeldern verbunden sei, auf die man auch in Zukunft hoffe. Eine Rolle werde zusätzlich die haushaltsrechtliche Zulässigkeit spielen, ob man es finanzielle stemmen könne. Aber man werde hier sicher nicht aufgeben und die Bürger mitnehmen, um auch eine Vorbildfunktion als Stadt einzunehmen. Die Kleinstmaßnahmen von den Kollegen von Bündnis90/Die GRÜNEN, wie z. B. der Antrag auf Lebenstürme oder Verzicht auf Laubsauger, sei seiner Meinung nach kontraproduktiv, da sie die Verwaltung mehr hemmen würden, anstatt dass man ein Gesamtkonzept vermitteln könne. Hier sollte man auch mal in sich gehen und darüber nachdenken.

Herr Stadtrat D r. S c h r a d e r erläutert, dass man die Welt ein Stückchen besser zurücklassen sollte, als man sie vorgefunden hätte. Dies sei auch ein Grundsatz der Pfadfinder, denen er seit Jahren angehören würde. Er freue sich, dass man nun gemeinsam dieses Ziel erreichen möchte und man hätte nur gemeinsam die Chance dazu. Viele kleine Bretter gelte es zukünftig zu bohren. Sollte das Wort „alternativlos“ irgendwann mal einen Sinn haben, dann in diesem Zusammenhang mit dem Klimaschutzkonzept, das heute verabschiedet werden soll. Es werde noch große Mühen und Kraft kosten.

Für Herrn Stadtrat M e r i n g e r sei es heute ein toller Tag, da die Stadt Hof einen Masterplan für die nächsten 10 - 30 Jahre hätte. Global denken - lokal handeln, statt immer mehr haben wollen, gut leben können. Man müsse den Gesamtenergieverbrauch reduzieren. Er teile nicht die Meinung, dass alles gut sei. Das nächste Jahrzehnt sei entscheidend. Die Städte seien Treiber der großen Transformation. Es dürfe nicht nur bei den schönen Reden bleiben, man müsse nun handeln. Die Menschen hätten gemerkt, dass man auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben würde. Im Konzept stünden viele Prozesse, die man steuern könne, aber es bliebe die Frage offen, was man mit den Prozessen mache, die man nicht steuern könne.

Herr Stadtrat E t z e l sei der Meinung, dass das Klimaschutzkonzept unbedingt notwendig sei, um die Klimaziele zu erreichen. Diese seien schließlich auch ein Ergebnis von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Um sich selbst nicht zu vernichten, müsse man nun handeln. Hier würde sich allerdings auch eine soziale Frage aufwerfen, wer könne denn individuell hierzu etwas beitragen? Die meisten würden in Mietwohnungen leben und hätten keinen Handlungsspielraum. Wer auf dem Land wohnen würde, sei auf das Auto angewiesen usw. Hier müsse man auch diese Frage lösen, damit sich alle am Klimawandel beteiligen können. Der ÖPNV müsse ausgebaut und am besten zum Nulltarif angeboten werden. Die Umweltfrage müsse mit der Sozialfrage verbunden werden, sonst käme man nicht weiter.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich der Empfehlung des Bauausschusses an und stimmen einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Das Integrierte Klimaschutzkonzept bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

Nach der Beschlussfassung ergreift Herr Bürgermeister A u e r das Wort und erklärt, dass er von der Einstimmigkeit überwältigt sei. Dies sei ein großer Wurf für die Stadt. Nun gehe es um die Umsetzung und er dankt allen, die daran mitgearbeitet hätten. Man sei in der Pflicht, auch für die nachfolgenden Ge-

nerationen. Für die bevorstehende Arbeit soll das Personal aufgestockt werden. Die 50 Maßnahmen im Konzept seien ein Handwerkszeug mit dem man auch etwas umsetzen könnte. Er appelliert an alle, dass man sich auch in Zukunft so einig hinter die Klimaschutzmaßnahmen stellen sollte, da diese wirklich wichtig seien. Man müsse sich immer bewusst sein, dass eine Pandemie wie Corona, egal wie schwierig sie sei, irgendwann zu Ende gehen werde, aber die Klimakrise werde bleiben und alle noch ein Leben lang verfolgen. Er freue sich über den ersten Schritt und zeige sich sehr zuversichtlich, dass man etwas Großes vollbringen könne.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a bezeichnet den Beschluss als weitreichend, vorbildlich und passgenau. Er würde belegen, dass sowohl Stadtrat als auch Verwaltung eine hohe Motivation hätten und mit dieser müsse man alle anstecken.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Baudirektor Dr. Gleim
33 Stadtratsmitglieder	

**220 Schulzentrum am Rosenbühl;
Energetische Dachsanierung (KIP-S);
Dachdeckerarbeiten;
Auftragsvergabe**

Vortrag:

Zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen wurde die Energetische Dachsanierung am Schulzentrum in das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP-S) aufgenommen und mit Schreiben vom 13.02.2020 von der Regierung von Oberfranken genehmigt.

Die Dachdeckerarbeiten wurden beschränkt nach VOB/A ausgeschrieben.

Die Vergabeunterlagen wurden 5 Firmen, die über die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sowie ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel verfügen, zugesandt.

Zum Submissionstermin am 07.12.2020 lagen 4 Angebote vor.

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgte durch FB 30 (formale Ausschlussgründe und rechnerische Prüfung) sowie FB 65 (fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung).

Danach ergibt sich beim Erstbietenden folgende Angebotssumme:

Pensold-Bedachungen GmbH, 07381 Oppurg	284.773,55 €
--	--------------

Die Angebotssumme liegt ca. 15 % über der Kostenschätzung. Es wurde eine vertiefte Prüfung durchgeführt. Die Mehrkosten sind auf die hohe Auslastung der Firmen, teilweise bis Ende 2021, zurückzuführen.

Die erforderlichen Mittel für die Durchführung der Maßnahme stehen auf der Haushaltsstelle 23010.94010 (Energetische Dachsanierung - KIP-S) zur Verfügung.

Da die Dachdeckerarbeiten als eines der Hauptgewerke bei der Energetischen Dachsanierung zählt und die Planungen bereits vor längerem begonnen und durch die Förderung der Regierung von Oberfranken mit entsprechenden Haushaltsmitteln belegt wurden, ist nach Art. 69 Abs. 1 GO die Weiterführung der Maßnahme als unaufschiebbar und somit notwendig anzusehen.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, die Dachdeckerarbeiten an die Pensold-Bedachungen GmbH, 07381 Oppurg, die das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, in Höhe der Angebotssumme von

284.773,55 €

inkl. Mehrwertsteuer zu vergeben.

Der Vergabevorschlag ist VOB-konform.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Bauausschuss nehmen die Stadtratsmitglieder einstimmig den vorstehenden Beschlussvorschlag an.

Herr Stadtrat Stefan B ö h m befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Baudirektor Dr. Gleim
33 Stadtratsmitglieder	

221 Außenanlagen Rathaus und Serenadenhof; Landschaftsbauarbeiten; Auftragsvergabe

Vortrag:

Der Stadtrat hat am 26.10.2015 Nr. 280 über den Neubau des technischen Rathauses mit Außenanlagen sowie Nr. 1097 am 23.09.2019 bezüglich einer Städtebauförderung die Aufwertung des Rathausumfeldes einschließlich des Serenadenhofs und die Beantragung einer Förderung im Bund/Länder-Städtebauförderungsprogramm Teil III – Stadtumbau West beschlossen.

Ein entsprechender Förderantrag wurde am 16.12.2019 gestellt. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn liegt seit dem 06.10.2020 vor.

Gegenstand der Auftragsvergabe sind die Landschaftsbauarbeiten. Die Vergaben der Leistungen zur Staudenbepflanzung und zur Errichtung der Beleuchtung erfolgen separat.

Die Landschaftsbauarbeiten wurden im offenen Verfahren EU-weit ausgeschrieben. Die Bekanntmachung erfolgte am 30.10.2020. Die Vergabeunterlagen wurden von 14 Firmen von der Vergabeplattform Staatsanzeiger eServices heruntergeladen.

Zum Eröffnungstermin am 07.12.2020 lagen 7 Angebote vor.

Die Prüfung der Angebote erfolgte durch die Stadt Hof, FB 30 - ZAV, (formale Ausschlussgründe und rechnerische Prüfung) und FB 66 (fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung).

Danach ergibt sich folgende Angebotssumme:

AS-Bau Hof GmbH, 95032 Hof

948.276,97 €

Die Firma, die das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, besitzt die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit und verfügt über ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel.

Die Einwilligung des Bieters zur Behandlung der Auftragsvergabe in öffentlicher Sitzung unter Nennung seines Namens und der Auftragssumme liegt vor.

Die Angebotssumme liegt im Rahmen der Kostenberechnung. Die erforderlichen Mittel für die Durchführung der Maßnahme stehen auf der Haushaltsstelle 63190.95040 (Außenanlagen Rathaus und Serenadenhof) zur Verfügung.

Da zu Beginn des Haushaltsjahres 2021 noch kein rechtskräftiger Haushaltsplan vorliegt, ist die Haushaltswirtschaft der Stadt Hof nach den Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung gemäß Art. 69 GO abzuwickeln. Bis zur Rechtskraft des beschlossenen Haushaltsplans für den Haushalt 2021 dürfen nur Ausgaben erfolgen, soweit eine rechtliche (gesetzliche oder vertragliche) Verpflichtung besteht oder soweit Ausgaben für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.

Die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln für die Auftragsvergabe der Außenanlagen Rathaus und Serenadenhof;Landschaftsbauarbeiten ist für die Stadt Hof notwendig und unaufschiebbar um die bereits begonnene Maßnahme Rathäuserweiterung abschließen zu können.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, die Landschaftsbauarbeiten an die Firma AS-Bau Hof GmbH aus Hof, die das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, in Höhe der Angebotssumme von

948.276,97 €

inkl. Mehrwertsteuer zu vergeben.

Der Vergabevorschlag ist VOB-konform.

Aussprache:

Herrn Stadtrat Dr. Schrader erscheint die Summe für die Landschaftsbauarbeiten im Verhältnis zur Gesamtsumme sehr hoch. Er möchte wissen, welche Arbeiten für diese Summe verrichtet werden.

Herr Baudirektor Dr. Gleim führt aus, dass es sich hierbei nicht lediglich um die Schaffung von Grünflächen handeln würde und zeigt einen Übersichtsplan auf dem alle Flächen markiert seien, auf denen landschaftsgärtnerische Arbeiten verrichtet werden würden.

Für den Rathausanbau sei ein Steuerkreis geschaffen worden, in dem fortlaufend über die Bautätigkeit - auch über die Planungen zum Innenhof - informiert worden sei.

Aus städtebaulicher Sicht sei der gesamte Umgriff um den Rathausanbau neu zu betrachten. Dies würde auch dem Rahmenplan zur Kernstadt entsprechen. Der Stadtrat hätte auch einen entsprechenden Beschluss zum Förderantrag gefasst, in dem die Kosten mit 1.475.000 € enthalten wären. Die damals beschlossenen Kosten hätten sich nicht erhöht. Dies sei auch in den Jahresbedarfsermittlungen zur Städtebauförderung in 2019 und in 2020 erneut bestätigt worden.

Mit der Regierung von Oberfranken sei man sich einig, dass die dort gewählten Materialien dem Gestaltungsleitfaden für die Stadt Hof entsprechen würden.

Der Umgriff der Maßnahme würde den Vorbereich des neuen technischen Rathauses, den Innenhof, die Wegeverbindung von der Ludwigstraße zur Karolinenstraße, den Serenadenhof und den Teilabschnitt der Karolinenstraße von der Bürgerstraße bis zur Klosterstraße (Gesamtfläche ca. 2.800m²) enthalten.

Man hätte hier eine innerstädtische Lage bei der kein Platz für eine Baustelleneinrichtung sei. Dies würde bedeuten, dass die Materialien in Abschnitten geliefert und gleich eingebaut werden müssten und führe somit ebenfalls zur Kostenerhöhung. Die gesamte Fläche von ca. 2.800 m² könne nicht mit "schwerem Gerät" befahren werden. Die anstehenden Arbeiten müssten wegen der engen Verhältnisse in Handarbeit ausgeführt werden.

Ein wesentlicher Kostenfaktor sei der Gründach-Systemaufbau, bestehend aus Drainageschichten, Trennlagen und Bautenschutz für befahrbare Flächen und Intensivbegrünungen. Dieser sei erforderlich, da die Außenanlagen größtenteils über der Tiefgarage liegen würden und die Decke der Tiefgarage hätte vollflächig neu abgedichtet werden müssen. Dies sei bei Baubeginn nicht bekannt gewesen. Es könnten immer nur kleinere Teilabschnitte bearbeitet werden - abräumen, abdichten und neu herstellen, damit die Dichtigkeit der Tiefgarage gewährleistet bleibt.

Die zu vergebenden Landschaftsbauarbeiten würden die Begrünung (Bäume, Sträucher und Rasen) beinhalten. Von der Begrünung würde lediglich die Staudenbepflanzung im Wert von ca. 20.000 € separat vergeben werden.

Bei einem Kostenvergleich würde man auf einen Quadratmeterpreis von ca. 374,00 Euro kommen. Im Vergleich dazu lag der Quadratmeterpreis bei der Gestaltung des Dr.-Wirth-Platzes bei rund 470,00 Euro. Im Ergebnis könne man sagen, dass die Kosten anfangs hoch erschienen, aber die Aufwertung von Grün- und Freiflächen sei ein ganz wichtiger Punkt. Hier werde für die Hoferinnen und Hofer etwas geschaffen, das diesen Wert auch rechtfertigen würde.

Herr Stadtrat Dr. Adelt führt aus, dass man nun ausführlich erfahren hätte, welche Arbeiten hinter den hohen Kosten stecken würden. Der SPD sei es wichtig gewesen, dass mit der Umgestaltung das Rückgrat vom Strauß bis zum Rathaus aufgewertet werde. Man hätte nun ein Gelände, das vielfach nutzbar sei z. B. als Erholungs- oder Aufenthaltsbereich und evtl. auch als Konzertbereich. Man werde viele Jahre die Fläche nutzen können und erwähnenswert sei auch, dass lokale Materialien verwendet werden würden, die durchaus auch teurer wären als andere. Diese Lösung finde er ganz ausgezeichnet.

Herr Stadtrat M e r i n g e r stellt klar, dass er niemand sei, der etwas schönreden würde. Alternativen zum Rathausanbau seien diskutiert worden. Die Ansicht von Herrn Dr. Adelt halte er allerdings für Schönreden. Er sei der Meinung, dass innerstädtisches Grün erhalten werden müsse und sicher könne die Fläche gut genutzt werden und man hätte hier eine Lücke geschlossen. Allerdings würde er bemängeln, dass die Tiefgarage gerade samstags meistens leer stehen würde.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt, nach Vorberatung im Bauausschuss, einstimmig der vorgeschlagenen Auftragsvergabe zu.

Herr Stadtrat Stefan B ö h m befand sich während der Abstimmung außerhalb des Sitzungssaals.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Rechtsdirektor Baumann
33 Stadtratsmitglieder	

222 Ahndung von Verstößen gegen die Corona-Regelungen; Anfrage im Haupt- und Finanzausschuss

Information:

Herr Rechtsdirektor B a u m a n n führt zu der im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Anfrage aus, dass es im Jahr 2020 ca. 510 rein infektionsschutzrechtliche Verfahren in der Stadt Hof gegeben hätte, wovon ca. 370 mit Bußgeldbescheiden geahndet worden wären. Die restlichen Verfahren seien durch Verwarnung, Einstellung oder Abgabe an andere zuständige Behörden erledigt worden. In den ersten drei Wochen im Jahr 2021 wären ca. 130 Anzeigen eingegangen. Davon wären ca. 45 bereits durch Bußgeldbescheide oder Verwarnungen erledigt; offen seien noch ca. 85 Fälle. Die Stadt Hof sei mit der Bearbeitung der Anzeigen relativ auf einem aktuellen Stand.

* * *

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

223 Erhaltung historischer Gebäude

Anfrage:

Frau Stadträtin **B r u n s** bezieht sich in ihrer Anfrage auf das „Blaue Haus“ der HofTex in der Fabrikzeile. Das Wichtigste bei einer Sanierung im historischen Baubestand sei die Folgenutzung. Diese müsse gegeben sein. Sie möchte wissen, ob beim „Blauen Haus“ über eine Folgenutzung nachgedacht worden sei.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** antwortet, dass zum „Blauen Haus“ ein Antrag der SPD-Fraktion vorliegen würde, der heute bekannt gegeben worden sei. Weiterhin gäbe es einen offenen Brief, der von Seiten der Stadt Hof noch beantwortet werden müsse.

*** * ***

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

224 Sachstand zur Ansiedlung des Polizeibeschaaffungsamtes

Anfrage:

Herr Stadtrat U l s h ö f e r erkundigt sich nach dem Sachstand zur geplanten Ansiedlung eines neuen Polizeibeschaaffungsamtes in der Stadt Hof. Hier sei es in letzter Zeit ziemlich ruhig geworden. Er möchte wissen, ob die Stadt Hof bzw. die Wirtschaftsförderung nach wie vor tätig sei und ob man Grundstücke angeboten hätte. Es wäre dramatisch, wenn dieses Polizeibeschaaffungsamt nicht nach Hof kommen würde.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a antwortet, dass der Standort Hof nach wie vor aktuell sei. Es würde sich um ein langwieriges Vorhaben handeln, das extrem früh veröffentlicht worden sei. Sie hätte zwischenzeitlich mit dem Präsidenten der Bayer. Bereitschaftspolizei mehrfach Kontakt gehabt. Dieser hätte ihr ausführlich dargelegt, dass es noch keinen endgültigen Bedarf geben würde. Derzeit sei man noch in der Vorplanung und könne einen Flächenbedarf noch nicht definieren. Man hätte nur erklärt, dass man im Stadtgebiet bleiben wolle, eine gute Autobahnanbindung benötige sowie einen Neubau bevorzugen würde. Ebenso würde eher ein Standort am Stadtrand bevorzugt und man wolle bis Sommer 2021 die Bedarfsplanung fertig haben. Danach werde die Stadt ein passendes Angebot unterbreiten. Der Wirtschaftsbeirat hätte sich bereits in seiner letzten Sitzung am Rande damit beschäftigt.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

225 Fragen zur Pandemie

Anfrage:

Herr Stadtrat R a m b a c h e r hätte ein paar Fragen zur Pandemie:

1. Ist die Zweitimpfung in den Alten- und Pflegeheimen abgeschlossen?
2. Wie viele der über 80jährigen, die sich in häuslicher Pflege befinden, wurden bereits geimpft?
3. Wie kommen pflegedürftigen Hofer ins Impfzentrum, wenn sie keine Hilfe von Angehörigen in Anspruch nehmen können?
4. Wie wurden die ständigen Terminverschiebungen geregelt? Sind die Menschen über ihre Termine informiert?

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a antwortet, dass die Zweitimpfung in den Alten- und Pflegeheimen noch nicht ganz abgeschlossen sei. Bei den über 80jährigen, die zu Hause leben, würde das Angebot sehr gut angenommen. Man hätte hier bereits mehrere tausend Anmeldungen im Impfzentrum. Zur Frage des Transports der Impfwilligen hätte man festgestellt, dass die Entfernungen der Bushaltestellen zum Impfzentrum für diesen Personenkreis durchaus etwas weit wären. Man hätte mit der HofBus GmbH eine Lösung gefunden. Wer keine andere Möglichkeit hätte, um ins Impfzentrum zu kommen, soll dies bei der Anmeldung angeben, dann werde man ihm weiterhelfen und eine individuelle, praktikable Lösung mit der HofBus GmbH, die hierfür auch Geld zur Verfügung stellen würde, finden. Die Terminverschiebungen seien aufgetreten. Die Betroffenen wurden bereits auch informiert und im Impfzentrum würde alles gut laufen.

Herr Stadtrat D r. D i e t r i c h ergänzt die Ausführungen und erläutert, dass das Problem das Serum sei. Es sei derzeit einfach nicht ausreichend Impfstoff für alle Impfwilligen vorhanden. Die Verteilung des Serums würde von den Firmen gesteuert und davon sei man abhängig. Das Team sei Tag und Nacht, auch am Wochenende, parat. Sobald wieder Serum ankomme, würden die registrierten Personen sofort verständigt und ein Termin für die Impfung vereinbart.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

226 AfD-Bürgerdialog in der Freiheitshalle Hof

Anfrage:

Herr Stadtrat **E t z e l** bezieht sich auf die Tagung der AfD in der Freiheitshalle am 08.01.2021. Hierzu stellt er folgende Fragen:

1. Hat die Stadt nach der Anmeldung der Veranstaltung durch die AfD-Bundestags-Fraktion im Hinblick auf die steigenden Infektionszahlen (Bürgerdialog im Hotspot) ein Verbot der Veranstaltung geprüft? Wäre nicht ein Verbot politisch angezeigt gewesen?
2. Wäre nicht für die Stadt Hof als Mitglied der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg ein Verbot politisch angezeigt gewesen?
3. Ist der Stadt bekannt, ob Kommunen/Gebietskörperschaften in vergleichbaren Fällen solche angemeldeten Veranstaltungen untersagt haben?
4. Wie sah das Hygienekonzept der Anmelder inhaltlich aus?
5. Hat die Stadt die Einhaltung des Hygienekonzepts geprüft und auf welche Weise, da bekanntlich auch unter AfD-Anhängern sog. Coronaleugner zu finden wären, die sich weigern würden, auf Veranstaltungen Schutzmaßnahmen einzuhalten?

Oberbürgermeisterin **D ö h l a** antwortet, dass man zusammenfassend sagen könne, dass die Veranstaltung legitim und coronakonform gewesen sei.

Herr Rechtsdirektor **B a u m a n n** führt weiter aus, dass zu diesem Zeitpunkt für geschlossene Räume eine Beschränkung auf 100 Teilnehmer für Versammlungen gegolten hätte. Die Stadt Hof hatte bekanntermaßen weitergehende Maßnahmen in einer Allgemeinverfügung vor Weihnachten erlassen und die Versammlungen in geschlossenen Räumen auf 30 Teilnehmer begrenzt. Für ein Verbot hätte es an einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Sinne des Versammlungsgesetzes gefehlt. Das Hygienekonzept sei durch das Ordnungsamt der Stadt Hof vorab kontrolliert worden. Weiterhin sei mit zwei Mitarbeitern vor Ort geprüft worden, ob die Auflagen und das Hygienekonzept eingehalten worden sind. Lediglich zwei Personen mussten im Hinblick auf die Überschreitung der Höchstteilnehmerzahl zurückgewiesen werden. Die Polizei sei im Außenbereich ebenfalls vor Ort gewesen und hätte keinerlei Verstöße festgestellt. Die Versammlung sei rechtzeitig um ca. 20 Uhr beendet worden, um rechtzeitig vor Eintritt der Ausgangssperre nach Hause zu kommen. Die Polizei hätte abschließend festgestellt, dass es zu keinerlei Störungen und Zwischenfällen gekommen sei.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

227 Online-Termine für Impfungen

Anfrage:

Herr Stadtrat Stefan B ö h m greift nochmals das Thema Impfen auf. Er hätte seine Eltern vor ca. zwei Wochen bei der Impfung angemeldet. Diesbezüglich sei nur ein lapidares Schreiben als Antwort gekommen, in dem es heißen würde, dass alles geregelt sei und man sich gedulden solle. Dies sei etwas mager. Die Betroffenen würden gerne wissen, wann sie die Impfung erhalten können. Er stellt die Frage, wie viele bereits geimpft seien und wie viele noch geimpft werden müssen.

Oberbürgermeisterin D ö h l a erwidert, dass sie die tagesaktuelle Zahl nicht vorliegen hätte. Sie könne allerdings sagen, dass man bei ca. 2 % stehen würde, aber es müssten noch einige Tausend geimpft werden. Daher hätten auch noch nicht alle ihren Impftermin, dies gelte auch für diejenigen, die sich bereits registriert hätten. Es sei auch abwegig, dass alle jetzt einen Termin bekommen könnten, da man immer erst Termine vereinbaren könne, wenn eine neue Lieferung des Impfstoffs nach Hof komme. Es werde nur Stück für Stück vorwärts gehen können, daher sei es organisatorisch nicht möglich, dass mehrere tausend Leute einen fixen Termin erhalten könnten. Im Impfzentrum selber sei die 3.000ste Impfung bereits erfolgt, hinzu kämen noch die Impfungen, die im Sana Klinikum erfolgen würden.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
33 Stadtratsmitglieder	

228 Revitalisierung der Höllentalbahn

Anfrage:

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** führt aus, dass der Markt Bad Steben in einer einstimmigen Resolution die Machbarkeitsstudie zur Höllentalbahn abgelehnt hätte. Es sein ein typischer Konflikt, da das Höllental eines der idyllischsten Täler sei.

Er frage sich, wie man es gemeinsam schaffen könne, die Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen. Seiner Meinung nach werde die Schiene für Teilbereich der Verkehrsträger des 21. Jahrhunderts sein. Wie könne man Einfluss nehmen, vielleicht auch durch eine Resolution, um voran zu kommen. Konkret aber auch, den Hallplatz wieder aufzunehmen, die Schellenbergspange werde kommen. Es würde sich die Frage stellen, ob man wirklich alles unternommen hätte, schließlich sei man das entscheidende Gremium um hier etwas anzuschieben.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** erläutert, dass die Schellenbergspange bisher im Stadtrat noch nicht diskutiert worden sei, sie selbst aber wahrnehmen würde, dass dieses Projekt sehr gewünscht sei. Hinsichtlich der Höllentalbahn hätte sie sich bereits im Herbst Gedanken darüber gemacht, ob man sich als Stadt positionieren könne bzw. wolle. Man hätte nun einen Infotermin für die Stadtratsmitglieder vorbereitet, bei dem Pro und Contra objektiv dargestellt werden sollen. Die Einladung ergeht an alle Stadtratsmitglieder. Hier könne man sich informieren und auf dieser Grundlage werde man gemeinsam entscheiden, ob man sich positioniere. Hierzu müsse man sich gründlich mit dem Thema auseinandersetzen.

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** sehe es aktuell als einzigartige Chance, um nun voran zu kommen. Er würde sich eine Positionierung der Stadt wünschen.

* * *

Anfrage gestellt

g.w.v.

Eva Döhla
Oberbürgermeisterin

Ute Schörner-Kunisch
Schriftführer/in